

*Jochen Esser*

## Nachhaltigkeit ist der Schlüssel

Nachhaltigkeit ist gewissermaßen das eingetragene Markenzeichen der Grünen in der Parteienkonkurrenz. Technologische, gesellschaftliche und politische Entwicklungen müssen so gestaltet werden, dass auch zukünftige Generationen mit den Folgen zurechtkommen können und nicht vor Situationen gestellt werden, die außer Kontrolle geraten oder gar unlösbar sind.

Das ist der Leitgedanke des grünen Projekts von Anfang an. Er überhaupt rechtfertigte es, eine grüne Partei zu gründen anstatt in die SPD einzutreten oder linke Parteibildungsversuche fortzusetzen. Die bis dahin die Parteienlandschaft strukturierende Frage, wie mit dem Gegensatz von „Oben und Unten“ umzugehen sei, wurde von der neuen Partei ergänzt durch die bis dahin unbekannte Thematisierung des Gegensatzes von „Heute und Morgen“. Und weil die Frage von „Jetzt und Später“ programmatische Priorität erhielt, stand die neue Partei von vorneherein in gewisser Weise quer zum Rechts-Links-Schema des Parteiensystems.

Diesen damals völlig neuartigen Kern der grünen Eigenständigkeit nicht wahrhaben zu wollen, war der Irrtum all jener, die die Grünen als Fortsetzung der linken Sozialdemokratie oder der revolutionären außerparlamentarischen Opposition mit anderen Mitteln missverstanden. Es bedurfte eines Jahrzehnts aus Strömungskämpfen und immer neuer Häutungen, dieses Missverständnis aufzuklären. Die Grünen sind eben etwas anderes als notdürftiger Ersatz für die in Deutschland fehlende linkssozialistische Partei.

### **Bedenke die Folgen!**

Im Mittelpunkt der grünen Parteibildung stand die Frage, was eigentlich aus Jahrtausende strahlendem Atommüll werden soll, für dessen sichere Entsorgung niemand eine Lösung weiß. Und unsere Antwort auf diese Frage ist bis heute: Wenn niemand eine Lösung weiß, muss man aus dieser Technologie aussteigen, im Zweifel auch dann, wenn dies tatsächlich Arbeitsplätze kosten und Wohlstandverluste mit sich bringen sollte.

Wir stellten bei Gründung zudem die Frage, wie eine Zivilisation samt ihrem Wohlstand und sozialen Sicherungssystemen von Dauer sein will, wenn sie auf dem Verbrauch endlicher fossiler Brennstoffe beruht und es versäumt, rechtzeitig den Energieverbrauch zu senken und auf regenerative Energien umzusteigen. Und wir fragten, ob überhaupt von Wohlstand die Rede sein könne, wenn dessen Produktion dauerhaft und steigend mit Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden verbunden sei.

Und wir fragen auch heute: Wie geht man mit dem Wissen um, dass der Rauch der fossilen Feuer zwar keine unmittelbar spürbare Wirkung auf die Erdatmosphäre zeitigt, aber mit ein paar Jahrzehnten Verspätung die Atmosphäre irreversibel aufheizt? Sicher ist es keine angemessene Reaktion, diesen time-lag zwischen Ursache und Wirkung zu ignorieren und dabei zu riskieren, dass sich die Folgen des Gegenwartsverhalten am Ende zur unbeherrschbaren Klimakatastrophe kumulieren.

Das grüne Langfristedenken setzt sich fort in der Kritik, dass Freiheit und Frieden nicht dauerhaft gesichert werden können, wenn große Teile der Welt zu einem unwürdigen Leben im Elend verurteilt bleiben. Geraten die „Verdammten dieser Erde“ erst einmal in Bewegung, sind Vernichtungskriege untereinander, große Wanderungsbewegungen aber auch Terror gegen den auf der Sonnenseite lebenden Teil der Menschheit die Folge. All das zwingt wiederum auch uns zu Maßnahmen, die oft moralisch fragwürdig und nur begrenzt wirksam sind.

Schließlich mündet das langfristige grüne Denken in die Kritik, dass Sozialsysteme und Staatshaushalte nichts taugen, die heute viele Bedürfnisse befriedigen und einigermaßen sozial gerecht erscheinen, aber morgen auf Grund ihrer Dynamik in ein Finanzchaos führen, das kaum mehr beherrschbar sein wird. Und wir sorgen uns mit Blick auf die deutsche Immobilität und Verdrossenheit zu Recht: Wie können Freiheit und Wohlstand erhalten bleiben, wenn eine Gesellschaft vor den Herausforderungen der Globalisierung einfach die Augen verschließt und entschlossen in die Sackgasse marschiert, indem sie sinnlose Abwehrkämpfe führt, die niemals zu gewinnen sind?

Nachhaltigkeit, Zukunftsorientierung und Generationengerechtigkeit, das ist der rote Faden grüner Politik. Bedenke die langfristigen Folgen und handle präventiv! Es ist leichter frühzeitig umzusteuern als eine fortgeschrittene negative Entwicklung umzudrehen. Der Standpunkt „Nach uns die Sintflut“ ist nicht nur unmoralisch sondern auch unklug.

Auch passiert nichts auf dieser Erde „irgendwo weit hinten in der Wallachei“. Alles hat mehr oder weniger spürbare Auswirkungen auf unser Leben hier. Das gilt für die unterschiedlichsten Dinge gleichermaßen: für die Abholzung des Regenwalds ebenso wie für die Präsidentenwahl in den USA, die Bürgerkriege in Afrika, den Nah-Ost-Konflikt, den Ausbildungsstand indischer Software-Spezialisten, den Bau einer Automobilfabrik in Schanghai usw.usf.

### **Nachhaltigkeit hat nicht nur Freunde**

Die Grünen tun gut daran, sich weiterhin von einer Art „globalem Zukunftsbewusstsein“ leiten zu lassen. Dem mächtigen deutschen Sog, sich im „Hier und Jetzt“ einzuigeln, weil früher vieles (tatsächlich) besser war, sollten sie nicht nachgeben. Jahrzehntealte interne Fehlentwicklungen müssen korrigiert werden. Positionen, die durch internationale Veränderungen (leider) obsolet geworden sind, müssen geräumt werden. Die Herausforderungen der Zukunft müssen angenommen werden, indem Gefahren abgewehrt und neue Möglichkeiten ergriffen oder gar entwickelt werden.

Die Wahlergebnisse zeigen: Unter dem Strich kommt dabei aber heraus, dass eine Politik, die zuerst die Zukunftsinteressen der Gesellschaft in den Blick nimmt, es den Grünen leichter macht als anderen, für Reformen einzutreten und sich im Streit um die damit verbundenen Zumutungen und Einschnitte zu behaupten.

Wenn ich sage, dass eine Partei der Nachhaltigkeit mit dieser Regierungssituation besser zurecht kommt als eine Partei, die zuvörderst um die soziale Gerechtigkeit zentriert ist, heißt das nicht, dass die Politik der Bundesregierung ohne beklagenswerte Gerechtigkeitslücken wäre. Aber auch ohne diese Defizite gäbe es gegen eine Politik der nachhaltigen Zukunftssicherung heftigen Gegenwind. Dass sich die Verteidiger des „Hier und Jetzt“ gegen eine Politik des offenen und illusionslosen Blicks in die Zukunft und über die Grenzen massiv zur Wehr setzen, wird immer so sein und ist immer so gewesen.

Die Kritik an Atomkraft und industrieller Umweltverschmutzung in der grünen Gründungszeit war ein Angriff auf das damals uneingeschränkt gültige gesellschaftliche Arrangement. Ökonomische und soziale Faktoren, die für dieses Arrangement zentral waren, mit Verweis auf eine scheinbar in weiter Ferne liegende Zukunft in Frage zu stellen, setzte uns schwersten Gegenangriffen aus allen etablierten Lagern aus. Die Unternehmer sahen ihre Profite und die Beschäftigten ihre Arbeitsplätze in Gefahr. CDU, SPD, Unternehmerverbände und Gewerkschaften keiften unisono, hier werde der irrsinnige Versuch gestartet, das Modell Deutschland mit seinem wirtschaftlichen Erfolg und seiner sozialen Sicherheit zu zerschlagen und die Deutschen ins Elend zu stürzen.

Ich kann mich noch gut erinnern, dass es selten eine Freude war, im Ruhrgebiet grüne Flugblätter zu verteilen, mit einer kräftigen Bergarbeiterfaust vor der Nase, die von aufgebracht Mitbürgern angespornt wurde. Ich sage das ohne Zorn, denn verstehen konnte man das ja, und ich habe mich um jeden Kritiker bemüht. Wenn ich heute so manchen Montagsdemonstranten sehe, der gegen die Reform der sozialen Sicherungssysteme oder für den Erhalt des BAT protestiert, beschleicht mich ein „déjà vu“.

### **Standfest und realistisch bleiben**

Damals zahlte es sich aus, dass Kreuz ein bisschen durchzudrücken und der Kritik standzuhalten. Vor 25 Jahren waren wir eine Partei ohne nennenswerte Wählerschaft, die allerdings Medienfurore machte – nicht zuletzt wegen ihrer zuweilen wilden Andersartigkeit. Heute sind wir eine etablierte Partei, die mit zweistelligen Wahlergebnissen aufwarten kann und das Land (mit)regiert.

Standhaft sein genügt aber nicht für den Erfolg. Die Grünen mussten zusätzlich mühsam lernen, Brücken in die sozialkonservative Mitte der Gesellschaft zu schlagen und die unvermeidbaren Kompromisse mit dem „status quo“ und seinen Verteidigern zu schließen.

Der Atomausstieg dauert deshalb aus ökonomischen und sozialen Gründen viel länger als gedacht und könnte während der Übergangsfrist durchaus noch scheitern. Die fünf Mark für den Liter Benzin wird es möglicherweise geben, allerdings ganz bestimmt nicht durch grüne Willkür sondern durch den Ölmarkt. Dafür besteht heute die Chance, dass die von den Grünen geförderte Entwicklung der regenerativen Energien und des Brennstoffzellen-Autos die fünf Mark vermeidet. Welche Ironie der Geschichte! Unsere Flüsse sind sauberer geworden, ohne dass die Chemie-Werke geschlossen wurden, wie einst von Rudolf Bahro gefordert. Und der CO<sub>2</sub> Ausstoß sinkt, ohne dass die Lichter ausgehen, wie von der CDU prophezeit. Insgesamt kommt dabei eine Situation heraus, die vorteilhafter und zukunftssträchtiger ist als die vor 25 Jahren - wobei Deutschland einerseits weniger ökologisch geworden ist, als von uns erhofft, und andererseits mehr und teurere Umweltstandards aufweist, als von unseren Gegnern gewünscht.

Im Fall des sozialen Umbaus und der Haushaltskonsolidierung muss Vergleichbares gelingen. Ähnlich wie beim ökologischen Umbau wird man sich darauf einstellen müssen, dass unsere sozialen Anliegen zum Teil auf der Strecke bleiben. Aber zugleich besteht die reelle Chance, dass die Blümenträume neoliberaler Abrisspolitik Wirklichkeit werden. Unabdingbar aber wird sein, dass das neue Arrangement aus Steuern, Abgaben, Schulden, sozialen Leistungen und Zukunftsinvestitionen nachhaltiger und zukunftsfester ausfällt als die derzeitige Wackelkonstruktion – auch wenn dies von uns politische und von der Bevölkerung materielle Opfer verlangt.

Der Lackmustest für unseren Berliner Landesverband wird sein, dass wir eine schlüssige Konzeption entwickeln, wie unter der Bedingung äußerster finanzieller Restriktion die Attraktivität der Stadt im Kern erhalten, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation durchgreifend gebessert und die Bildungsmisere überwunden werden kann. Gelingt uns das, ist mir um die Haltbarkeit des grünen Teflon nicht bange.

Entscheiden wird sich das an der Qualität der Haushaltspolitik. Denn wenn man wissen will, wie ein garantiert nicht generationengerechter Haushalt aussieht und welche fast unbeherrschbaren Probleme für die Zukunft eines Gemeinwesens daraus entstehen, dann ist man beim Berliner Haushalt genau richtig. (Siehe Nachhaltigkeit Teil 2).